

PETITION: PFLICHTSCHULFACH WIRTSCHAFT IN ALLEN BUNDESLÄNDERN

Die Petition „Schulfach Wirtschaft in allen Bundesländern“ richtet sich an alle in Fraktionsstärke in den Landtagen vertretenen Parteien und wird diesen nach Ablauf der Zeichnungsfrist überreicht, sofern im betreffenden Bundesland mehr als 1.000 gültige Unterschriften erzielt werden. Sie kann bis 30.11.2017 online oder handschriftlich unterzeichnet werden. Unabhängig vom gewählten Medium ist die Unterschrift auf Wunsch anonym möglich.

VORWORT

Der bdvb ist unparteiisch, aber nicht unpolitisch. Als unabhängiger und größter Verband der Wirtschaftsakademiker Deutschlands bekennt sich der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte zu seiner Verantwortung, die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land aktiv und positiv mitzugestalten. Bürger und Verbände sind aufgefordert, sich in den politischen Diskurs einzubringen und für das Gemeinwohl zu engagieren.

Anlässlich der Landtagswahl 2017 im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen und angesichts der soeben erfolgten Einführung des Schul-

fachs „Wirtschaft und Berufsorientierung“ in Baden-Württemberg bekräftigen wir unsere Forderung: Das Schulfach Wirtschaft muss in allen Bundesländern in allen Schulformen der Sekundarstufe I und II Pflichtfach werden. Schüler und Schülerinnen haben ein Recht darauf, dass ökonomische Aspekte des Alltags ebenso wie zentrale Zusammenhänge der Wirtschaftspolitik in der Schule behandelt werden. Die Einführung eines eigenständigen, von ausgebildeten Lehrern unterrichteten, an didaktischen Kriterien und am Ziel des mündigen Bürgers ausgerichteten Pflichtschulfachs ist hierfür unerlässlich.

RESOLUTION

DÜSSELDORF, DEN 9. NOVEMBER 2012

1. ÖKONOMISCHE ALLGEMEINBILDUNG

Der Mangel an ökonomischer Allgemeinbildung in der deutschen Bevölkerung ist alarmierend. Nahezu einmütig kommen Umfragen und Untersuchungen zum Ergebnis, dass es um die ökonomische Allgemeinbildung in der deutschen Bevölkerung schlecht bestellt ist. Indes erscheint gerade heute – angesichts von immer weiter ausgreifenden Wirtschaftskrisen, immer komplexeren Entscheidungen der Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitik sowie angesichts wachsender Selbstverantwortung des Einzelnen, z.B. im Bereich der Altersvorsorge – ein hohes Maß an ökonomischer Allgemeinbildung wichtiger denn je. Ökonomische Bildung muss daher integraler Bestandteil der Allgemeinbildung sein.

2. STAATLICHER BILDUNGS-AUFTRAG

In Ermangelung eines Pflichtschulfachs Wirtschaft verfehlen die Schulsysteme vieler Bundesländer systematisch ihren Bildungsauftrag. Die Ziele des staatlichen und privaten Bildungs- und Erziehungswesens sind in den Verfassungen der Bundesländer verbindlich festgeschrieben. Schüler und Schülerinnen sind demnach auf ihre persönliche berufliche Laufbahn vorzubereiten, zugleich aber auch zur Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung zu befähigen. Beides setzt Kenntnisse über ökonomische Zusammenhänge voraus, die nur durch ein eigenständiges, verpflichtend und durchgehend zu belegendes Schulfach Wirtschaft ausreichend vermittelt werden können. Dessen Einführung lässt jedoch vielerorts auf sich warten.

3. „WIRTSCHAFT“ FÜR ALLE!

Gefordert wird die schnellstmögliche verbindliche Einführung eines Pflichtschulfachs Wirtschaft in allen Schulformen der Sekundarstufe I und II in allen Bundesländern. Wir begrüßen und anerkennen das Engagement einzelner Schulen und außerschulischer Organisationen, den dringend benötigten Wirtschaftsunterricht in Eigeninitiative zu ermöglichen und fehlende Ressourcen durch eigene Mittel zu ersetzen. Diese Initiativen, die in vielen Fällen Vorbildcharakter haben, können den gesetzlich geregelten Wirtschaftsunterricht gleichwohl nicht ersetzen. Die Länder der Bundesrepublik Deutschland sind in der Verantwortung baldmöglichst die flächendeckende Einführung, hohe Qualität und inhaltliche Unabhängigkeit des Wirtschaftsunterrichts zu gewährleisten.

4. INHALT UND METHODIK DES WIRTSCHAFTSUNTERRICHTS

Ziel des obligatorischen schulischen Wirtschaftsunterrichts muss sein, dass grundlegende wirtschaftliche Zusammenhänge und ökonomische Denkweisen allgemein bekannt sind. Ob in der Rolle des Konsumenten, des Bürgers in seiner zusätzlichen Sicherungsvorsorge, des Arbeitnehmers, des Wählers oder in darüber hinausgehenden Führungstätigkeiten: Zum verantwortungsvollen Handeln im Alltag, wie auch zur demokratischen Teilhabe an der Gesellschaft, sind grundlegende Kenntnisse sowohl im Bereich der Betriebswirtschaft als auch im Bereich der Volkswirtschaft unerlässlich. Bildungsziele und Inhalte des Wirtschaftsunterrichts sind nach didaktischen Kategorien auszuwählen und zu begründen. Sie umfassen auch die Berufsorientierung und eine didaktisch geleitete Einführung in die Arbeits- und Berufswelt durch Betriebserkundungen und Praktika.

5. LEBENSINHALT UND LEBENSUNTERHALT

Im Interesse aller Schülerinnen und Schüler und im Interesse Deutschlands als Bildungs- und Wirtschaftsstandort appellieren wir an alle Akteure der Bildungspolitik, gemeinsam auf die flächendeckende Einführung des Pflichtfachs Wirtschaft hinzuwirken. Bildung ist nach unserem Kulturverständnis ein Selbstzweck, dient aber zugleich auch dem Erwerb und der Erhaltung von Fähigkeiten, die zum Wohlstand und zum Fortschritt des einzelnen Menschen und der Gesellschaft insgesamt beitragen. Im Hinblick auf das verantwortungsvolle, selbstbestimmte Leben jedes Einzelnen, ebenso zur Sicherung und Weiterentwicklung Deutschlands als Bildungs- und Wirtschaftsstandort im globalen Wettbewerb gilt: Die ökonomische Allgemeinbildung der Bevölkerung muss ein vorrangiges Ziel der Politik sein. Für die Umsetzung müssen ausgebildete Wirtschaftslehrer in der Schule zum Einsatz kommen.

Informationen und Unterschrift: www.bdvb.de/pflichtschulfach-wirtschaft

Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. (bdvb)

Florastraße 29

D-40217 Düsseldorf

Tel. +49 211 371022

Fax +49 211 379468

E-Mail: info@bdvb.de

Internet: www.bdvb.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Dipl.-Ök. Peter Herrmann (Präsident)

Dipl.-Kff. Nadine Lorenz (Vizepräsidentin)

Dipl.-Phil. Ralf Neuhaus (Vizepräsident)

Dipl.-Betriebsw. (BA) Bodo Wißkirchen (Vizepräsident)

Dr. Reinhard Liedl (Schatzmeister)

Vereinsregister-Nr. 46 Nz, Amtsgericht Charlottenburg

